

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

236 (9.10.1917)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postfach monatl. 90 s., 1/2jährl. 2,70 M., halbjährl. durch unsere Träger 1 M., bezgl. 8 M.; durch die Post 1,04 M. bezgl. 3,12 M.; durchd. Feldpost 1,05 M. bezgl. 3,06 M., vorauszahlbar.
Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.
Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 s. W. anzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr voru., für groß. Aufträge nachm. zutor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe

Ein Spiel mit dem Feuer.

Karlsruhe, 9. Oktober.

Es kribbelt wieder. Das Barometer der inneren Politik deutet auf Sturm. Die Art, wie der Kriegsinminister und der Vizekanzler am Samstag die sozialdemokratische Interpellation betreffend die Agitation der Alldeutschen beantworteten, ließ deutlich erkennen, daß in der Reichsleitung sich starke Gegenkräfte freuzen, die eine einheitliche Führung der Reichspolitik unmöglich machen. Die alldeutschen Kreise begegnen mit ihrer zersplitterten Propaganda, die sich in großem Umfange bereits auf das Meer ausgebreitet hat, in den maßgebenden Kreisen nicht nur keinem Widerstande, vielmehr werden sie vielfach geradezu begünstigt. Das von Abg. Landsberg vorgebrachte Beweismaterial, welches nur einen geringen Teil des tatsächlich vorhandenen Materials für die mühe-volle Suche der Alldeutschen umfaßte, läßt keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß es sich hier um eine großangelegte, mit reichen finanziellen Mitteln unterstützte politische Aktion gegen die Mehrheit des Reichstags und der von dieser vertretenen Friedenspolitik handelt. Diese alldeutsche Aktion richtet sich aber nicht nur gegen die Reichstagsmehrheit, sondern auch gegen die Politik der Reichsleitung selbst und der mit uns verbündeten Regierungen. Man braucht ja nur die Kommentare der alldeutschen Presse zu der Rede des Grafen Czernin zu lesen, um sich davon zu überzeugen, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Alldeutschen gegen diesen verantwortlichen Vertreter einer mit uns verbündeten Macht vom Leder ziehen. Die politischen Wirkungen dieser Hege im feindlichen sowohl wie im neutralen Ausland sind die denkbar ungünstigsten, ganz abgesehen davon, daß sie ein völlig falsches Bild der wirklichen Stimmung des deutschen Volkes wiedergeben. Sie geben der imperialistischen Kriegshetzpresse in England und Frankreich willkommenes Gelegenheit, die Leidenchaften und den Haß gegen Deutschland immer wieder aufs neue aufzupeitschen.

Nicht minder schlimm ist die Wirkung in den noch neutral gebliebenen Staaten. Auch dort wird die uns feindliche Stimmung durch das alldeutsche Annerkennungsgedächtnis verstärkt und der Einfluss der wenigen Deutschfreunde mehr und mehr vermindert. Im Reiche selbst verschärfen sich die Gegensätze so sehr, daß die heftigsten politischen Kämpfe gar nicht ausbleiben können. Wenn dieser Willkür der Kriegsinministerien und ihres professoralen Anhangs nicht schon längst ein zielbewußter energischer Widerstand von maßgebender Stelle entgegengetrieben wird, dann bleibt die Mehrheitspolitik nichts anderes mehr übrig, als ihrerseits eine Gegenagitation ins Werk zu setzen, denn so wie bisher können die Dinge unmöglich weiter laufen.

Was soll man dann von den feierlich abgegebenen Erklärungen der Reichsleitung noch halten, wenn gegen dieselben in solcher Weise und mit solchen Mitteln, wie das am Samstag im Reichstag festgesetzt wurde, mit stillschweigender Duldung maßgebender Faktoren der Reichsleitung gehandelt werden darf? Ja, wenn diese Hege in der Form, wie es tatsächlich geschehen ist, in das Meer hineingetragen wird? Wenn die Führer der Mehrheitsparteien von hohen Militärs vor versammelter Mannschaft als Lämmer charakterisiert werden? Braucht man sich da über die Stimmung im feindlichen Ausland noch zu wundern? Und darüber, daß man den Erklärungen der deutschen Regierung einfach keinen Glauben schenkt? Und warum muß es schließlich führen, wenn die Friedenspolitik der mit uns verbündeten Staaten fortgesetzt so inhaftet und durchkreuzt wird? Denn daß die Hege gegen den Grafen Czernin in Oesterreich nicht ohne Folgen bleiben kann, leuchtet ohne weiteres ein. Wenn da nicht ganz energisch freingefahren wird, stehen wir eines Tages vor dem Kladderadatsch.

Es fehlt an der politischen Führung im Reich. Die Beratung Dr. Michaelis zum Reichskanzler war ein arger Mißgriff, der nicht rasch genug wieder gut gemacht werden kann. Es geht in der Reichsleitung drunter und drüber und die Zügel derselben schleifen am Boden. Diese Situation haben die Alldeutschen weidlich ausgenutzt. Sie waren offenbar genau darüber unterrichtet, daß ihnen von oben her keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Nun, die Bombe ist am Samstag zum Platz gekommen und wir dürfen hoffen, daß der Reichstag sich stark genug fühlen wird, den unhaltbar gewordenen Zuständen ein Ende zu machen. Der Vizekanzler Gelfferich wird wohl die längste Zeit Vizekanzler gewesen sein. Allein damit, daß dieser schamlose ehemalige Bandendirektor zurücktritt, ist es nicht getan. Der jetzige Reichskanzler ist seiner Aufgabe ebensovienig gewachsen.

Noch weiß man nicht, durch welche Zufälle und Einflüsse es möglich war, daß dieser Mann auf den Posten des obersten Reichsbeamten gekommen ist. Es scheint aber so, daß auch dabei die politischen Sintertruppen eine große Rolle gespielt haben.

Wir befinden uns in einem kritischen Stadium der innerpolitischen Entwicklung. Die Kamarillen sind überall am Werke, um die politische Umgestaltung zu verhindern. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das die Alldeutschen treiben.

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 8. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Kampftätigkeit in Flandern lebte gestern vormittag bis zum Abend zwischen Gouthoulster Wald und der Straße Menin—Ypern erheblich auf. Starkes Trommelfeuer ging englischen Teilangriffen voran, die sich gegen einzelne Abschnitte der Kampffront entwickelten. Die vom Gegner eingeschickten Sturmtruppen kamen nirgends vorwärts. Unsere Abwehrwirkung hielt sie im Trichterfelde nieder.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz

Zu beiden Seiten der Straße Raon—Soissons wurde der Artilleriekampf zwischen dem Ailettegrunde und der Hochfläche südlich von Ragny mit großer Beständigkeit geführt. Abends stießen bei Couraillon mehrere französische Kompagnien vor. Sie wurden durch Feuer zurückgewiesen.

Westlich der Maas lag starkes Feuer auf unseren Stellungen und deren Hintergelände zwischen Sommeux und Bezonvaux. Die Wirkung unserer Artillerie unterband südwestlich von Beaufort die vorbereitenden Angriffe der Franzosen.

Auf dem Westlichen Kriegsschauplatz

und der Mazedonischen Front keine größeren Kampfhandlungen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 8. Okt., abends. (W.W. Amtlich.)
Im Westen nur an der flandrischen Front Feuerkampf von wechselnder Stärke.
Im Osten nichts von Bedeutung.

Die Gefangenen und die Beute an der Westfront.

Berlin, 8. Okt. (W.W. Nicht amtlich.) Die Seeresleitung gibt die gewaltigen Zahlen der an der Westfront gemachten Gefangenen und eingebrachten Beute für Juli-September bekannt, aus denen auch hervorgeht, daß Gendenburg trotz der Defensivtaktik an dieser Front ungeheure Erfolge erzielt. In der genannten Zeit wurden von der Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht nicht weniger als 337 Offiziere und 13512 Mann als Gefangene eingebracht, 41 Minenwerfer und 183 Maschinengewehre fielen in deutsche Hände, ferner wurden 4 Geschütze und 11 feindliche Flugzeuge erbeutet.

Die südamerikanischen Republiken brechen die diplomatischen Beziehungen ab.

Montevideo, 7. Okt. Meldung der Agence Havas. Die Kammer hat mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland angenommen. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen.
Lima, 7. Okt. Meldung der Agence Havas. Der Kongreß von Peru hat mit 105 gegen 6 Stimmen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland beschlossen, den die Regierung beantragt hatte.

Die Zahl der Wahlbezirke für die Konstituante.

Petersburg, 8. Okt. (W.W.) Meldung der Petersburger Telegr.-Ag.) Das Nachrichtenblatt der vorläufigen Regierung veröffentlicht die amtliche Liste der verfassunggebenden Verammlung, wobei insgesamt 730 Wahlbezirke festgesetzt sind. Von den wichtigsten Bezirken wählen: Petersburg 20, Moskau 19, der Kaukasus 36, Kiew 22 und das Donbecken 17 Mitglieder.

Neubildung des Kabinetts.
Petersburg, 8. Okt. (W.W.) Meldung der Petersburger Telegr.-Ag.) Um 3 Uhr nachmittags fand unter dem Vorsitz Kerenskis eine Beratung der Regierung mit einer Abordnung der demokratischen Konferenz und Vertretern der bürgerlichen Kreise statt. Die Beratung führte in allen Fragen zu einer Uebereinstimmung. Kerenski schloß die Beratung und erklärte, die Regierung sei bereit, unverzüglich ein vollständiges Kabinet zu bilden, damit die Regierung auf den gegebenen Grundlagen an die Arbeit gehen könne.

Die Frage beantwortet Nationalrat Genosse Robert Seidel im „Grünlialender“ für das Jahr 1918 wie folgt:
Vor drei Jahren hat der „Grünlialender“ prophezeit: „Der Krieg wird die Völker reifer für Frieden und Freiheit, Verbrüderung und Menschentum machen.“
Europa wird sozialistischer, demokratischer, kriegsfeindlicher und friedensliebender aus dem Kriege hervorgehen.
Der Erbe des Krieges ist der Sozialismus.
Diese Prophezeiung hat sich während der Kriegszeit erfüllt, und sie wird sich nach dem Kriege noch mehr erfüllen.
Noch niemals hat die Menschheit den Krieg tiefer verabscheut, den Frieden heißer ersehnt und um den Frieden härter gekämpft, wie heute.
Noch niemals war die Masse der Völker so demokratisch gesinnt und verlangte so kraftvoll nach politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, wie heute.
Noch niemals war der Gedanke der Brüderlichkeit und des Sozialismus so verbreitet und lebendig unter den Völkern wie heute, und noch niemals war die Arbeit so hoch gewertet und das arbeitende Volk so einflußreich, wie heute.
Wer durch die vom Leid und Haß des Krieges bedeckte Oberfläche des Zeitgeistes auf die Grundströmungen der Völkerleben zu blicken vermag, der wird uns recht geben.
Während des Krieges hat der Einfluß des arbeitenden Volkes beständig zugenommen, und nach dem Kriege wird er tiefenhaft wachsen.
Während des Krieges hat die Demokratie große Eroberungen gemacht, und nach dem Kriege wird sie erst recht triumphieren feiern.
Während des Krieges mußte der Sozialismus als Retter der Völker vor Hunger und Verderben herbeigerufen werden, und er war ihr Erretter.
Nach dem Kriege wird der Sozialismus als Erlöser ganz unentbehrlich sein.
Der Krieg treibt die Entwicklung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zustände, sowie die Entwicklung der sozialpolitischen Ideen rasend vorwärts.
Es gibt keine andere Rettung mehr für die Kulturvölker, als durch den Sozialismus, durch die Demokratie, durch die Völker-verbüderung und durch den Frieden.
Das ist die geschichtliche Notwendigkeit, und das ist unser Trost und unsere unerschütterliche Zuversicht.

Wer bleibt Sieger!

Die Frage beantwortet Nationalrat Genosse Robert Seidel im „Grünlialender“ für das Jahr 1918 wie folgt:
Vor drei Jahren hat der „Grünlialender“ prophezeit: „Der Krieg wird die Völker reifer für Frieden und Freiheit, Verbrüderung und Menschentum machen.“
Europa wird sozialistischer, demokratischer, kriegsfeindlicher und friedensliebender aus dem Kriege hervorgehen.
Der Erbe des Krieges ist der Sozialismus.
Diese Prophezeiung hat sich während der Kriegszeit erfüllt, und sie wird sich nach dem Kriege noch mehr erfüllen.
Noch niemals hat die Menschheit den Krieg tiefer verabscheut, den Frieden heißer ersehnt und um den Frieden härter gekämpft, wie heute.
Noch niemals war die Masse der Völker so demokratisch gesinnt und verlangte so kraftvoll nach politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, wie heute.
Noch niemals war der Gedanke der Brüderlichkeit und des Sozialismus so verbreitet und lebendig unter den Völkern wie heute, und noch niemals war die Arbeit so hoch gewertet und das arbeitende Volk so einflußreich, wie heute.
Wer durch die vom Leid und Haß des Krieges bedeckte Oberfläche des Zeitgeistes auf die Grundströmungen der Völkerleben zu blicken vermag, der wird uns recht geben.
Während des Krieges hat der Einfluß des arbeitenden Volkes beständig zugenommen, und nach dem Kriege wird er tiefenhaft wachsen.
Während des Krieges hat die Demokratie große Eroberungen gemacht, und nach dem Kriege wird sie erst recht triumphieren feiern.
Während des Krieges mußte der Sozialismus als Retter der Völker vor Hunger und Verderben herbeigerufen werden, und er war ihr Erretter.
Nach dem Kriege wird der Sozialismus als Erlöser ganz unentbehrlich sein.
Der Krieg treibt die Entwicklung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zustände, sowie die Entwicklung der sozialpolitischen Ideen rasend vorwärts.
Es gibt keine andere Rettung mehr für die Kulturvölker, als durch den Sozialismus, durch die Demokratie, durch die Völker-verbüderung und durch den Frieden.
Das ist die geschichtliche Notwendigkeit, und das ist unser Trost und unsere unerschütterliche Zuversicht.

Stockholm.

Stockholm, 5. Okt. Unser Stockholmer Mitarbeiter schreibt uns: Die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Czernin machte im Konferenzkomitee den allerbesten Eindruck. Troeltsch bezeichnete sie mir als die beste Ministerrede, die während des Krieges gehalten wurde, wenn gleich auch sie konkrete Einzelheiten über die territorialen Streitfragen vermischen lasse und Beschuldigungen erwidliche, wie die, daß die Rede bloßes Manöver sei. Jedenfalls zeige Czernin Verständnis für den historischen Augenblick. Seine Auffassung einer auf Schiedsgericht und Abrüstung begründeten Neuordnung stimme mit den sozialistischen Auffassungen überein, und sein Bekenntnis zum Verständigungsfrieden entspreche der Tatsache, daß einerseits die Zentralmächte im vierten Kriegsjahr unbefieglich erscheinen und andererseits keine Aussicht haben, den Frieden auf der Grundlage der Kriegskarte ihren Gegnern aufzuzwingen. — Huszmanns lobte Czernins Rede vorbehaltlos wie folgt: Sie könnte ebenso gut von einem sozialistischen Delegierten zur Stockholmer Konferenz gehalten sein. Czernin will obligatorisches Schiedsgericht, Abrüstung, weder Annerkennung noch Kontributionen. Man findet in der Rede alle Grundgesetze derjenigen, die an einem Verständigungsfrieden arbeiten, der zugleich gegen die Wiederkehr des Unheils von 1914 schützen würde. Diese Rede scheint weiter eine Antwort an Michaelis. Ich sehe auch nicht, was die Russen auslegen könnten; vielleicht wäre es wünschenswert, daß die Ungarn Czernin erlaubt hätten, ein Wort über die Südslawen zu sagen, welche die Autonomie und die Vereinigung innerhalb der Monarchie anstreben. Ich glaube, daß auch die Bulgaren nicht anders denken als die Oesterreicher. Will Deutschland allein bleiben? Das Zimmerwaldblatt „Politiker“ rühmt in einem Leitartikel die Klarheit und die Schärfe, womit Czernin die Abrüstungsidee darlegte. Seine Rede bedeutet einen großen Fortschritt gegenüber den bisherigen vagen Erklärungen. Besonders wertvoll sind Czernins pro-

stöße Formulierungen der allgemeinen Grundlagen eines wahrhaften Friedens. Die Rede ist ein guter Griff, welcher bestimmte Erklärungen von der Entente über Abrüstung und Strafmassnahmen erzwingen wird. Zweifellos wird die Rede in der europäischen Demokratie einer ganz anderen Stimmung begegnen, als die vorangegangenen Ausführungen leitender Minister auszulösen pflegten.

Staatszuschuß für Lebensmittel.

Von R. Schmidt.

Auf dem Lebensmittelmarkt bereitet sich wieder eine Steigerung der Preise fast aller notwendigen Gebrauchsartikel vor. Die Erhöhung der Weizen- und Roggenpreise und die Weitergemährung der Frühdruckprämie von 60 M für die Tonne haben natürlich zur Folge, daß dieser erhöhte Preis in einem Aufschlag der Brotpreise dem Konsumenten zum Bewußtsein kommen wird. Die weitere Folge ist, daß, da auch für Hafer und Gerste die gleiche Vergünstigung dem Landwirt geboten ist, für Graupen, Gerst und Weizen die Preise entsprechend erhöht werden. Die Kartoffelpreise erhöhen sich von 4 M im vorigen Jahre auf 5 und 6 M für den Erzeuger, dazu treten ähnlich wie beim Roggen noch besondere Aufschläge für die Mengen, die bis zum 15. Dezember abgeliefert werden, so daß mit einem Kleinhandelspreis von 9 bis 10 M und darüber pro Zentner zu rechnen ist. Erhöht werden die Preise für Butter, für Zucker, und dazu kommt die hohe Preislage für Gemüse, Konserven, kurz, der ganze Haushalt hat abermals mit einer sehr unangenehmen Steigerung der Ausgaben zu rechnen. Diese Preiserhöhungen sind trotz aller sehr energischen Einwände von unserer Seite immer wieder im Kriegsernährungsamt zum Durchbruch gekommen, wir sehen mit einiger Verzornis dem Zustand entgegen, der sich im Haushalt der Minderbemittelten einstellen muß. Dieser Zustand ist unhaltbar, es muß zugunsten der Minderbemittelten eine Unterstützung eintreten, die die Konsumfähigkeit der ärmeren Volksschichten aufrecht erhält. Da den Preistreibern von der Regierung kein Widerstand geboten wird, so müssen wir mit aller Entschiedenheit fordern, daß die Regierung den Weg wählt, den bereits andere Staaten beschritten haben, und zwar müssen die Preise für die minderbemittelten Volksschichten durch Beihilfen, die der Staat gewährt, herabgedrückt werden. Dabei ist die Form der Unterstützung abzulehnen, wonach aus öffentlichen Fonds an die Minderbemittelten doch im wesentlichen in der Form von Almosen Zuwendungen gemacht werden, sondern es muß durch direkte Subvention eine Herabsetzung der Preise herbeigeführt werden.

Sehr beachtenswert ist das Beispiel der Schweiz. Dort werden der ärmeren Bevölkerung bei der Abgabe von Milch und Brot Zuschüsse gewährt. Allein für die Milchabgabe hat die Schweiz in den ersten drei Monaten d. J. 1 Million Franken aufgewendet, und der billige Bezug des Brotes kam im August d. J. 620 000 Personen zugute. Auch England, Frankreich und Italien müssen die hohen Preise für ausländischen Weizen aus der Staatskasse decken, damit der Brotpreis in mäßiger Höhe gehalten wird. Bei der gegenwärtigen Preislage der rationierten Lebensmittel wird die Regierung die Belastung, die für die ärmeren Volksschichten so außerordentlich hart und schwer wird, durch Zuwendungen mildern müssen. Wenn man keine Bedenken trägt, allem durch Frühdruckprämie und die besonderen Aufschläge für Kartoffeln der Landwirtschaft ungefähr 400 Millionen zuzuwenden, dann mag das Reich diese besonderen Aufwendungen decken. Vielleicht kommen wir dann dazu, daß in der Reichsverwaltung mit mehr Gefühl der Verantwortung die Preispolitik betrieben wird. Wir haben bereits bei der erhöhten Fleischration in diesem Jahre diesen Staatszuschuß eingeführt. Sollen wir nicht bei der gegenwärtigen Preispolitik unsere Bevölkerung in schwere Bedrängnis bringen, muß der Weg weiter beschritten werden.

Wir verkennen nicht, daß grundsätzlich hiergegen erhebliche Bedenken geltend gemacht werden können; es ist kein angenehmes Gefühl, daß für die Landwirtschaft, die während des Krieges hohe Gewinne erzielt, direkte Staatszuschüsse gewährt werden. Aber es gibt leider kein anderes Mittel, um, wenn die Preispolitik nicht geändert wird, die Wirkung einer solchen verkehrten Politik auf die großen Volksmassen abzuwenden. Der Haushaltsausschuß hat sich in der Sitzung am 1. Oktober mit dieser Frage beschäftigt; Anlaß bot ein sozialdemokratischer Antrag, der verlangte, daß die besonderen Zuwendungen für den Frühdruck des Brotgetreides und die zeitliche Anlieferung der Kartoffeln vom Reich getragen werden. Der Antrag gelangte einstimmig zur Annahme, und vom Reichschatzamt ist die Zusage erteilt, daß dem Verlangen entsprochen werden soll.

Weniger befriedigend ist der zweite Teil des Antrages erstigt, der forderte, daß weiter für alle wichtigen Nahrungsmittel eine Preislenkung durch Zuschüsse des Reiches für die Minderbemittelten herbeigeführt wird. Der Haushaltsausschuß hat sich nicht grundsätzlich ablehnend zu der Frage verhalten, aber er hat entsprechend einem konservativen Antrage beschlossen, daß zu diesen Kosten auch die Gemeinden beizutragen haben. Bei der Ueberlastung der Gemeinden wurde von den sozialdemokratischen Vertretern hiergegen Einspruch erhoben, da das Reich der Träger der Lasten des Krieges sein muß. Aber nach Ablehnung unseres Antrages mußten wir im Interesse der ärmeren Volksschichten auch für den konservativen Antrag stimmen. Da vom Reichschatzamt grundsätzlich kein ablehnender Standpunkt eingenommen wurde, läßt sich erwarten, daß dem Wünsche des Reichstages entsprochen wird.

Der Erfolg, den die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Forderung zu verzeichnen hat, ist von großer Bedeutung und es wird weiter die Aufgabe der Partei sein, nunmehr auf eine recht schnelle Durchführung des Verlangens zu drängen.

Ausland.

Verteilarbeiterstreik in Paris.

Paris, 8. Okt. (Nicht amtlich.) Agence Havas. Ueber Lohnfragen brach zwischen dem Personal der Metropolitan-Omnibus-Gesellschaft und der Nord-Süd-Gesellschaft sowie den Direktoren der Gesellschaften ein Streit aus. Die Syndikatsabgeordneten nahmen einstimmig eine Tagesordnung an, die erklärt, daß der allgemeine Ausstand beginnen werde, falls die Forderungen nicht bewilligt werden. Der gewöhnliche Dienst auf den meisten Linien ist gestoppt. Es ist kein Zwischenfall eingetreten.

Paris, 8. Okt. (Nicht amtlich.) Agence Havas. Der allgemeine Ausstand der Transportarbeiter wurde am

Sonntag Nacht beschlossen. Eine gewisse Anzahl von Auto-Omnibussen verfehlt. Die Arbeiterbehörde erklärte, daß der Ausstand vorwiegend am Montag zu Ende sein würde, wenn den Ausständigen ihre Forderungen bewilligt würden. Etwa 50 Wagen sind ausgefahren. Eine Abordnung unter Führung des Vorsitzenden des Transportarbeiterbundes Guncard hat sich zum Ministerpräsidenten begeben.

Paris, 8. Okt. (Nicht amtlich.) Agence Havas. Nach polizeilichen Feststellungen sind bei den Omnibus-Gesellschaften 6000 Angestellte ausständig. In einigen Depots haben sich Zwischenfälle ereignet.

Landforderungen italienischer Bauern.

Der italienische Landarbeiterverband hat an den Landwirtschaftsminister eine dringliche Eingabe gerichtet, die im Namen von mittel- und südtalischen Kleinbauern und Landarbeitern höchst energig die Ueberlassung des brachliegenden Landes fordert. Eine längere Verschiebung der Angelegenheit bezeichnet die Eingabe als gefährlich, da die Landbesitzer bereits in förmlich verlaufenden Versammlungen ihren festen Willen bekundet haben, sich des benötigten Landes mit Gewalt zu bemächtigen.

Dom franz. Sozialistenkongress.

Bordeaux, 8. Okt. (Nicht amtlich.) Agence Havas. In der Samstagssitzung des Sozialistenkongresses sagte Baranne, Mitglied der Mehrheit, die einzige Frage sei die nach dem Werte des Friedens und nach dem Zeitpunkt des Friedens. Er habe für die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz gestimmt, aber er werde nicht nach Stockholm gehen, um dort irgend welchen Frieden herzustellen, denn der Sozialismus würde seine Unterschrift nicht unter ein vorläufiges Abkommen setzen und müsse die Sprache des Freimutes und der Klarheit sprechen.



Kein Schwanken und Ueberlegen darf es geben!

Jetzt gilt nur die Tat! --
Wenn jeder einzelne -- ausnahmslos -- seine höchsten Kräfte anspannt, dann wird auch diese Kriegsanleihe den großen Erfolg haben, den sie haben muß.
Denn nicht mit Granaten allein kann der harte Endkampf ausgefochten werden; erst das erneute Zeichen unsrer ungebrochenen wirtschaftlichen Kraft wird den Ausschlag geben. Nur so zwingen wir unsere Feinde zur Vernunft.



Darum zeichne!

Mistral, Mitglied der Minderheit, sagte er wolle wieder für einen Frieden des Besiegten noch für einen Frieden des Siegers stimmen, denn der Sieger werde ohne Mitleid sein. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten gäbe es Platz für den Sieg des Rechts, den einzigen, den er wolle. Die Mitarbeit der Partei an der Regierung machte Mistral von der Bewilligung der Rasse für Stockholm abhängig. Er wurde darin von Vedouze unterstützt.

Comper-Morel bekämpfte diesen Standpunkt und sagte, er werde jede Regierung der nationalen Verteidigung unterstützen und nur fordern, daß sie den Krieg eifrig betreibe und dann den Friedensschluß beschleunige.

Bordeaux, 8. Okt. (W.) Meldung der Agence Havas. In der Nachmittagsitzung der Sozialistenkonferenz unter dem Vorsitz Barannes wurden die Zustimmungsforderungen der russischen, italienischen und amerikanischen Section verlesen. Ein Telegramm Senderons wünscht den baldigen Zutritt einer Konferenz der Sozialisten der allerersten Länder und hofft, daß die französische Sozialistenpartei zur Einstimmigkeit über den Wiederaufbau der Inter-

nationale nach dem Kriege gelangt, und bestätigt schließlich den Willen der englischen Arbeiter, den Krieg bis zu einem siegreichen Frieden fortzuführen. Conjointinowitsch (Serbien) sprach über die Opfer seines Vaterlandes und erklärte, an seiner Pflicht gegenüber der Internationale festhalten zu wollen. Ein Zwischenfall entstand dadurch, daß Gadjur Kluge erhob, weil das Begrüßungstelegramm der russischen sozialistischen Partei, das er nur aus der Presse kenne, bei dem Kongress nicht eingegangen sei. Renaudel stimmte ihm bei und brachte einen Beschlußantrag ein, der von der Regierung die sofortige Auslieferung der vollständigen Wskrift des Telegramms forderte. Boudruil, Parteisekretär, bemerkte, das Telegramm könne nach Paris, dem Sitz der Partei, geschickt sein, anstatt nach Bordeaux. Darauf sprachen verschiedene Redner für die Beschlußanträge der Mehrheit und Minderheit. Brizon war für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Baranne antwortete: Zum Friedensschließen gehören zwei. Brizon erwiderte: Deshalb sind wir ja nach Zimmerwald und Kienthal gegangen, um die deutschen Sozialisten zur Arbeit für den Frieden aufzufordern. Vedouze bemerkte dagegen: Die Antwort für Euer Entgegenkommen gaben sie Euch bei Riga. Laffont trat den Grundfragen Brizons, die er utopische nannte, entgegen und erklärte: um eines möglichst baldigen Friedens willen habe man einstimmig beschlossen, nach Stockholm zu gehen. Die allgemeine Aussprache soll am Montag zu Ende geführt werden.

Deutsches Reich.

Profitorientierte Kriegsgewinnler.

Ueber „unzufriedene Aktionäre“ schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Es ist überaus bemerkenswert, daß sich in der gegenwärtigen Kriegszeit, in der bei einer Vielzahl von Aktiengesellschaften die Ergebnisse sich steigern und gegenüber der Friedenszeit sogar eine Verwielältigung erfahren haben, die Hölle sich häufen, in denen die Aktionäre trotz wachsender Ausschüttungen mit den Zuwendungen nicht zufrieden sind und die Dividendenpolitik der Verwaltungen ihrer Aktiengesellschaften anfechten. „Se mehr er hat, je mehr er will, nie schweigen seine Wünsche still.“ Wenn bei rückgängigen Ertragnissen Unzufriedenheit in die Reihen der Aktionäre einzieht, ist dies im allgemeinen zu verstehen; auffallen muß es dagegen, daß gegenwärtig Unzufriedenheit der Aktionäre vielfach bei solchen Gesellschaften hervortritt, die hohe oder gar gesteigerte Dividenden vorzuschlagen machen. — Der Artikel führt dann einige Aktiengesellschaften an, bei denen die Aktionäre mit der Dividende der Verwaltung unzufrieden waren, denen der Riesengewinn, den sie, ohne einen Fingerkraum zu machen, einstecken, noch nicht genügt. Und um was für Prozente handelt es sich da! Beim Bergbau- und Gültenerwerk Friedrichshütte waren 25 % Dividende vorgeschlagen, beim Kahlwerk Rheind 20 %, beim Gussstahlwerk Bilthen 27 %! In diesen Fällen wollen die Aktionäre höhere Dividenden haben. 25 % noch nicht genug!

Für unsere in diesen Dingen weniger unterrichteten Leser sei bemerkt, daß eine Dividende in dieser Höhe bedeutet, daß der Aktionär im Jahre ein Viertel seines eingezahlten Kapitals zurückerhält. Hat also einer für 20 000 M Aktien bei der Friedrichshütte, so bekommt er im Jahre 5000 M Dividende, mit welchem Betrage sich selbst heute noch leidlich leben läßt. Aber die meisten der Aktionäre jener gut rentierenden Unternehmen sind mit weit mehr, mit hunderttausenden Mark beteiligt, man kann danach berechnen, was sie für Riesensummen einstecken. Und das alles, ohne daß sie einen Finger zu rühren brauchen! Das sind dann die Leute, die das größte Interesse an der Fortdauer des Krieges haben, das sind meistens die Leute, die für den „deutschen Frieden“ eintreten und vom Versöhnungsfrieden nichts wissen wollen.

Hg. Giesberts — Unterstaatssekretär?

Wie die „V. Z.“ hört, steht abermals die Berufung eines Parlamentariers in die Regierung bevor. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts soll als Unterstaatssekretär in das neuzugrundende Reichswirtschaftsamt berufen werden. Giesberts ist einer der besten Parlamentarier. Er gehört seit vielen Jahren als Vertreter von Essen dem Reichstag sowie dem Landtag an. Er ist Arbeitersekretär und steht in enger Verbindung mit dem großen Volksverein für das katholische Deutschland.

Der Hauptausschuß des Reichstags

hielt heute nur eine kurze Sitzung ab. Zu Beginn der Sitzung erklärte der Vorsitzende Hg. Dr. Fechenbach im Hinblick auf die Vorgänge vom letzten Samstag, in der Vollversammlung hätten alle Fraktionen für heute vormittag Sitzungen zur Erörterung der Lage angedeutet. Von verschiedenen Seiten sei er auf deren Wichtigkeit hingewiesen worden, und da er sich den Gründen nicht verschließen könne, schlage er vor, jetzt lediglich den Bericht über die Beratungen des Hauptausschusses in den letzten Tagen fortzusetzen und darauf die Sitzung abzubrechen. Der Hauptausschuß stimmte dem Vorschlage ohne Erörterungen zu, stellte den Bericht fest und einigte sich dahin, um 3 Uhr wiederum zusammenzutreten, da in Anbetracht der Lage die Vollversammlung des Reichstags nur von kurzer Dauer sein werde.

Soziale Rundschau.

Wohnungsreformlundgebung. Eine große Rundgebung zugunsten der Wohnungsreform wird der Deutsche Wohnungsausschuß, in dem fast sämtliche einschlägigen großen Zentralorganisationen Deutschlands vertreten sind, am 30. Oktober in Berlin veranstalten. Die drohende Gestaltung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt, die Verzögerung der preußischen Wohnungsgesetzgebung und die dringende Notwendigkeit, in der Wohnungsfrage nunmehr zu größeren Ergebnissen zu kommen, machen eine stärkere Beschäftigung der Öffentlichkeit mit diesen Dingen unbedingt erforderlich. An der Rundgebung soll insbesondere für eine Reihe wichtiger positiver Wohnungsreformmaßnahmen, sowie für die baldige Zustandekommen der eben erwähnten Gesetzgebung eingetreten werden. Nähere Auskunft erteilt der oben genannte Ausschluß: Berlin-Schöneberg. Neue Steinmühlstraße 4.

Nr. 236
 Seite 2
 Das
 Entwurf
 erster
 Abg.
 et al
 an den
 Seniore
 Die Just
 rüdig
 Aussch
 Abg.
 sprechen
 muß nach
 span u
 des zu be
 Bedürfn
 ereckmen
 Abg.
 Samstag
 in nicht z
 Abg.
 Vaterlan
 mühen sei
 tel des
 del wer
 zu treffen
 Abg. W
 Die Vater
 den die
 teiler m
 Baden lin
 Abg. C
 von den
 untere
 Heisterich
 lante, voll
 lutz). D
 rung. Pol
 (Zusamm
 Die l
 nachgesch
 des Schwa
 tagung de
 Forderung
 H. Jenius
 ens und
 handbuch.
 Berlin
 hat entfi
 milion 2
 gierung d
 2. Sei
 dern, Ar
 Landesrat
 dem des
 Gleich
 Inuzler
 für die
 Meine
 den teit
 len der
 die Stell
 grundsätz
 Weinte
 für a
 keit. Je
 den Besan
 verlor.
 Betätigung
 rüdführung
 nannen in
 Deutschen
 neren Stel
 Partei St
 Laffon, un
 politische
 Die
 and Nicht
 Vaterland
 kochen me
 Meinis
 wird, die d
 ten wid.
 Zwischen
 Auch i
 pelolo
 führung ge
 über die n
 Reicht an
 Meine
 schreit, j
 aller Obj
 rung volle
 ich überze
 des Ganze
 in dem t
 beherrsch
 Einm der
 lanere. E
 Eifer an
 meben, un
 in, der mi
 her herbe
 zünftigen
 legen sich
 letzten wir
 getreten s
 der ausien
 in der Tat
 Witten do
 lome in de
 zu dem g

Vorläufige Entspannung.

Deutscher Reichstag.

Am Bundesrotstisch Dr. Helfferich, Graf Rüdern, Ballraf.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr. Das Haus nimmt zunächst in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen an. Gleichfalls angenommen wird ohne Erörterung das Reichstempelgesetz.

Abg. v. Payer (Kattich, Rp.) beantragt, den Nachtragsset und das Besetzungsgesetz vorzunehmen, um beide Vorlagen an den Ausschluß zurückzuführen zu können. Der Senatpräsident sei über diese Notwendigkeit einig gewesen. Die Fortsetzung der Interpellationsbesprechung müsse sogleich zurückgestellt und die Vertagung beschlossen werden, bis der Ausschluß sich schlußendlich geworden sei.

Abg. Graf Westarp (Konj.) muß diesem Vorschlag widersprechen. Das augenblickliche Bild der Reichstagsverhandlungen muß nach außen die Auffassung erwecken, als ob Konflikte und Spannungen beständen, und das wäre im Interesse des Landes zu beklagen. Die Verhältnisse sind vollkommen geklärt. Ein Bedürfnis zur nochmaligen Kommissionsberatung können wir nicht anerkennen.

Abg. Daake (H. Soz.): Wie nach den Verhandlungen am Samstag noch nicht weiß, woran wir mit der Regierung sind, denn wir sind nicht fertig.

Abg. Gert (Soz.): Graf Westarp und seine Freunde von der Vaterlandspartei haben die Konfliktstimmung verschärft. Wir müssen festhalten und zwar im Hauptansatz, wie weit Mittel des Reiches für die Vaterlandspartei verwendet werden. Vielleicht sind die Neueinrichtungen ganz anders zu treffen. Verticiden wollen wir nicht.

Abg. Meirin (D. Fr.): Ich bin der Ansicht des Grafen Westarp. Die Vaterlandspartei hat nicht Unrecht ins Volk getragen, sondern die Einzeligkeit erreicht. Jeder unbefangene Beurteiler muß bei dieses Zeugnis ausstellen. (Zustimmung rechts, Lachen links.)

Abg. Graf Westarp (Konj.): Wir haben uns über den Ausschluß von den interfraktionellen Besprechungen nicht beschwert, sondern nur die Vermittlung darüber ausgedrückt. Das Auftreten Dr. Helfferichs war durch die Lage, die die Mehrheit herbeigeführt hätte, völlig gerechtfertigt. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Der Schanweimungsstreit dient lediglich der Kriegführung. Politische Fragen sind bei den einzelnen Etats zu besprechen. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.)

Die Umstellung der Tagesordnung wird gegen die Rechte aufgesetzt, ebenso die Zurückweisung des Nachtragssetts und des Schanweimungsstreits aus dem Hauptansatz, sowie die Vertagung des Hauses auf Dienstag 11 Uhr vormittags; Anfragen, Fortsetzung der Semtagsdebatte, Nachtragsset, auswärtige Politik, Senjur und Wählerorganisationsfrage, Interpellation über das Verbands- und Vermittlungsgesetz. Interpellation über den Mittelstandsschutz. — Schluß nach 1 Uhr.

Vom Hauptansatz.

Berlin, 8. Okt. Der Hauptansatz des Reichstags hat entsprechend dem Beschluß der Vollversammlung heute nachmittags 2 Uhr wieder zusammen. Erschienen waren von der Regierung der Reichstagspräsident Dr. Michaelis, die Staatssekretäre Dr. Helfferich, v. Kuhlmann, v. Capelle, Graf Rüdern, Kriegsminister v. Stein, ferner Unterstaatssekretäre und Landesratsbevollmächtigte, Abgeordnete und außer den Mitgliedern des Ausschusses zahlreiche Zuhörer.

Gleich nach der Eröffnung der Sitzung ergriff der Reichstagspräsident die etwa hundertköpfige Versammlung das Wort. Er führte aus:

Meine Herren! Es ist Frage darüber erhoben worden, daß von seitens der Beamten in unzulässiger Weise Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei betrieben worden sei. Ich möchte über die Stellung der mir nachgeordneten Reichsbeamten folgendes grundsätzlich bemerken, wobei ich hinzufügen, daß für preussische Beamte dieselben Grundzüge gelten:

Für alle Beamte gilt politische Meinungsfreiheit. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgt. Was die ohnehin in der Erscheinung tretende politische Betätigung betrifft, haben sich alle Beamte selbstverständliche Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht beim Publikum das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit erschüttert wird. Ein Mißbrauch der dienstlichen Stellung, wonach ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zwingt oder veranlaßt, zugunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig, und ich wünsche nicht, daß von seitens der Vorgesetzten ein politischer Druck ausgeübt wird.

Diese Grundzüge müssen gelten für alle politischen Parteien und Richtungen in gleicher Weise. Sie gelten auch gegenüber der Vaterländischen Partei, und sollte von diesen Grundzügen abgewichen werden, so kann ich nur annehmen, daß jeder Fall zur Kenntnis der zuständigen vorgesetzten Zentralbehörde gebracht wird, die den Sachverhalt prüfen und gegebenenfalls dafür einzutreten wird. Ich bin willens, die Zurechnung dieser Grundzüge zu erleichtern.

Auch im Heere wird jede politische Agitation ausgeschlossen. In den mir vom Herrn Kriegsminister zur Verfügung gestellten Zeitfragen über den vaterländischen Unterricht, über die wohl des näheren noch gesprochen werden wird, ist die Politik ausgeschlossen.

Meine Herren, ich bin mit den bundesstaatlichen Regierungen befreundet, sämtlichen politischen Meinungen und Strömungen in aller Objektivität gegenüber zu stehen, und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Ich tue das, weil ich überzeugt bin, daß jede Richtung ehrlich das Beste zum Wohle des Ganzen will. Dieses gegenseitige Vertrauen zum besten Willen ist in dem Kampfe der Meinungen namentlich in den letzten Wochen beherztlicher Weise in den Hintergrund getreten und hat einen Sturm der gegenseitigen Agitation erzeugt, den ich aufs tiefste bedauere. Jeder im deutschen Volke hat bereitwillig und freudig die Opfer an Gut und warmem Leben gebracht, die von ihm verlangt wurden, und ich glaube, daß auch hier in diesem Kreise kaum einer ist, der nicht in dem Gedanken an das, was er daran gegeben hat, der hervorquellenden Schmerz hinter sich stehen muß mit einem kühnen „Democh“. Auch aus solchen überberühmten Männern ziehen sich auch die Gegner zusammen, und wenn das im Auge behalten wird, dann ist eine Agitation, wie sie jetzt in der Erscheinung getreten ist, im Grunde ausgeschlossen. Wädhien sich die Vertreter der auseinanderstrebenden Meinungen das vor Augen halten und in der Tat nicht das betonen, was in den Gegenfäden und in den Mitteln das Scheidende ist, sondern das Einheitsliche und Gemeinsame in den Zielen. Wenn wir das vor Augen haben, daß wir alle zu dem gleichen Strange ziehen müssen und wollen, dann wird

es dahin kommen, daß in der Tat beiderlei Zusammenstöße aus dem politischen Leben ausscheiden. Das ist jetzt, wie es immer gewesen ist, und jetzt am dringendsten im Hinblick auf die schwere Zeit, in der wir stehen, unsere Pflicht. (Beifall)

Abg. Ledebur (Soz.) ist über diese Ausführungen erstaunt. Die Regierung sollte sich über die vorgetragenen Beschwerden aussprechen. Die allgemeinen Grundzüge der Unparteilichkeit sind nichts Neues. Wir verlangen Auskunft, was der Kanzler zu tun gedenkt gegen die Beeinflussung der politischen Meinung zugunsten einer Partei. Ist er einverstanden mit den Ausführungen seines Vertreters vom Samstag? Das Mißtrauensvotum ist in geschäftsordnungsmäßiger Form beantragt; denn der Kanzler ist allein verantwortlich.

Abg. Graf Westarp (Konj.) fragt zur Geschäftsordnung, was denn eigentlich zur Debatte stehe, der Nachtragsset oder etwas anderes?

Abg. Erzberger (Zentl.): Die Frage, woher die Gelder für die Aufklärungstätigkeit kommen, hängt mit dem Nachtragsset zusammen.

Abg. Dr. v. Payer (Rp.): Wir müssen unsere Stellung zum Nachtragsset abhängig machen von den Aufklärungen, die wir erhalten. Nebsther kann uns nicht verwehrt werden, auf die Rede des Reichskanzlers einzugehen.

Abg. Gert (Soz.) ist erstaunt, daß der Reichskanzler nicht zu den Beschwerden Stellung genommen habe, zumal schon vor vierzehn Tagen dem Reichskanzler Beweismaterial unterbreitet worden ist und er damals Prüfung zugesagt hat. Redner macht Mitteilungen aus den Richtlinien für die Aufklärungsarbeit und fragt, welche Leitfäden die Oberste Heeresleitung herausgegeben habe. Am 13. August habe eine Konferenz im Kriegsministerium stattgefunden, wo allerlei Verstärkungen des Vereines und Versammlungsrecht zur Sprache kamen. Redner fragt, wie die Agitation im Heere finanziert werde, die einen ungeheuren Umfang angenommen habe, insbesondere, ob dafür private oder öffentliche Mittel verwendet würden.

Abg. Gotthein (Rp.): Der Beweis für die Agitation gegen den Reichstag in der Beamtschaft und im Heere ist durch ein reiches Beweismaterial erbracht. Die vom Reichskanzler vorgetragene Grundfäden sind richtig. Ein Bismard-Erlass hat die politischen Beamten verpflichten wollen, die Politik der Regierung zu vertreten. Jetzt richtet sich die Agitation nicht nur gegen den Reichstag, sondern auch gegen die Politik der Regierung. Der Redner stellt die Agitation den lauten Erklärungen der Herren v. Stein und Dr. Helfferich gegenüber und sagt, die Ermahnungen des Reichskanzlers nützen nichts. Die Einheitslichkeit der Regierung müsse öffentlich dokumentiert werden. Woher solle sonst das Vertrauen in die Regierung kommen?

Abg. Stresemann (Zentl.) sagt, daß gerade diejenigen, denen jeder Konfliktgedanke fern lag, enttäuscht waren über die Form und die Art der Regierungserklärungen am Samstag, mehr als über den Inhalt. Es lag kein Grund vor, anders als sachlich zu antworten. Durch die Art der Antwort wurde die gereizte Stimmung hervorgerufen. Man kann zur Friedensresolution des Reichstages stehen wie man will, das Heer muß festgehalten werden von jeder Politisierung. Wir vermögen nicht zu glauben, daß von den Richtlinien so Gebrauch gemacht wird, wie nach dem Vortrag der Gesetze ist. Es findet auch Agitation entgegengegesetzter Art im Heere statt, der entgegengetreten werden muß.

Der preussische Kriegsminister v. Stein: Die Konferenz im Kriegsministerium war nicht eine solche der stellvertretenden Generalkommandos, sondern der Arbeitsämter. Die Versammlung richtete sich nur gegen das fribole Treiben, sonst handelt es sich um Maßnahmen des sozialen Friedens.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums bringt die Richtlinien der Obersten Heeresleitung vom 22. Juli 1917 zur Vertagung und sagt, die Leitfäden seien zugezogen auf Grund der gemachten Erfahrungen im September ergänzt werden.

Kriegsminister v. Stein erklärt im Anschluß an die vertraulichen Mitteilungen seines Kommissars: Was wir wollen, ist danach klar. In der Praxis wird sich manches anders, als es beabsichtigt ist, beschaffen wird laufend kontrolliert und die Richtlinien werden veredelt. Der Vorrede ist, aus schließlich Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir haben folgende Auskünfte über die behaupteten Mißbräuche verlangt. Das Material ist noch nicht vollständig eingegangen.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums tritt mit, daß Privatmittel bei den Veranstaltungen nicht in Frage kommen.

Abg. Dr. David (Soz.): Praktisch ist die Absicht nicht erreicht, sondern die Politik ins Heer hineingetragen worden. Normalerweise wird diese Aufklärungsarbeit zu politischen Zielen führen, z. B. bei Erörterung der Friedensziele. Man nennt Schlagworte wie „sauberer Friede“ usw. aus dem deutschen Jargon, die nur in bestimmter politischer Auffassung gedeutet werden können.

Nichtig ist, daß unsere Soldaten kämpfen müssen, solange es nötig ist aber man mag daran denken, daß man vor Männern mit reifer politischer Auffassung steht, die zum Teil mehr von den Dingen verstehen als die aufklärerischen Offiziere. Soll wirklich politisch aufgearbeitet werden, so muß man alle Parteien ohne Unterschied heranziehen. Die Aufklärungsarbeit, wie sie heute betrieben wird, kann nicht bleiben. Innerhalb des Landes besteht ein dichtes Netz der Aufklärungsorganisationen, geleitet von den Generalkommandos. Um den Frieden zu erreichen, müssen wir neben den militärischen auch politische Mittel einsehen.

Die Methode der Vaterlandspartei führt zur Verlängerung des Krieges, und diese wird kräftig gefördert, die Gegenagitation wird vermindert. Der Reichstag muß Garantien erhalten, daß keine Unterstützung der Vaterlandspartei aus öffentlichen Mitteln erfolgt.

Abg. Meirin (D. Fr.): Die Leitfäden der Obersten Heeresleitung bieten die Grundlage für die Wiederherstellung der Einigkeit. Wie sie sind, sind sie klar und einwandfrei.

Abg. Graf Westarp (Konj.): Eine Politisierung des Heeres wünschen wir nicht. Ueber die Fragen der auswärtigen Politik müssen die Feldtruppen aufgeklärt werden. Die Leitfäden sind ausgezeichnet. Einzelne Mißgriffe bei der praktischen Ausführung sind zweifellos vorgekommen, selbstverständlich ist Rücksicht darauf zu nehmen, daß man es mit reifen Männern zu tun hat.

Abg. Erzberger (Zentl.): Wir sind anderer Auffassung über die Verkommnisse am Samstag, die schweren Schaden im Ausland anrichten werden. Die Regierungsdirektoren traten nicht glücklich auf. Die Reden aus dem Reichstag waren ruhig und sachlich und boten eine Basis für Einigkeit. Heute ist die Debatte wesentlich sachlicher und morgen wird der Rest der Abstimmung ganz beiseite sein. Das ist die Rechtfertigung für die heutige Ausschlußdebatte. Die Grundzüge des Reichskanzlers über die politische Betätigung der Beamten sind richtig, sie müssen aber klar und eindeutig gebracht werden. Die Photographien in der Schandbrief sind Privatpersonen nicht zugänglich, die Sache muß daher untersucht werden.

Da für die Aufklärung öffentliche Mittel verlangt werden, können wir die Verantwortlichkeit der Reichsleitung dafür verlangen. Wegen die Aufklärung im Heer an sich haben wir nichts, auch die Leitfäden sind billig, aber zur Kontrolle mußte alles Material vorgelegt werden, und dann muß jede Agitation gegen unsere Antwort auf die Kapitulation ausdrücklich in den Leitfäden verboten werden. Die amtliche Politik des Reichskanzlers darf unter keinen Umständen als zweideutig erscheinen.

Staatssekretär Dr. Helfferich stellt fest, daß er im Klement am 6. Oktober seine jährlichen Ausführungen beendet habe, als er die Rednertribüne verließ, daß also die Auffassung, er habe seine Rede abgebrochen, auf Mißverständnis beruhe. Gegen das, was er sachlich vorgetragen habe, sei auch von den Vorrednern eine Einwendung nicht gemacht worden; ein derartiges Wort werde niemand in seiner Rede aufzufinden vermögen. Wenn man seinen Ton bemängelt, dann müße man sich vergegenwärtigen, daß er, ehe er überhaupt ein Wort gesprochen, mit nicht gerade freundlichen Zurufen begrüßt wurde und im weiteren Verlaufe laum einen Satz ohne Zurufe und Unterbrechungen habe beenden können.

Abg. Dove (Rp.): Nachdem die Reichstagsresolution von der Reichsleitung akzeptiert ist, darf nicht in der bisherigen Weise agitiert werden. Die Richtlinien sind unanfechtbar, aber die Praxis zeigt doch ein anderes Bild. Die Antwort des Kriegsministers war nicht die richtige, dadurch wurde die Stimmung des Reichstags verdorben. Herr Helfferich hat keine verlegenden Worte gesprochen, aber der Eindruck war ungünstig.

Abg. Landsberg (Soz.): Der Kriegsminister sprach am Samstag mit unverkennbarer Geringschätzung von den vorgetragenen Material und auch die Eingangsworte des Staatssekretärs erweckten den Eindruck der Provokation. Die Leitfäden schließen eine Verteilung von Brochüren an die Mannschaften aus und das geschieht dies in ungewöhnlichem Umfang. Der Redner fragt, ob nicht andere Leitfäden der einzelnen Divisionen bestehen und legt aus solchen anderen Leitfäden einzelne Sätze vor.

Reichskanzler Dr. Michaelis

abermals das Wort. Er teilte zur Ergänzung der Erklärungen des Staatssekretärs Helfferich in der Plenarsitzung von Samstag mit, daß die Reichszentralbehörde von den ihnen nachgeordneten Stellen Bericht über eine etwaige Beeinflussung Untergebener durch dienstliche Vorgesetzte im Interesse der Vaterlandspartei angefordert hat. Das Material das bisher vorliegende, sei äußerst dürftig; es beziehe sich auf 5 Emphase von untergeordneter Bedeutung, die durch die Reichspropagandastellung zur Kenntnis der Reichsleitung gekommen seien. Selbstverständlich wird in allen diesen Fällen das Erforderliche veranlaßt werden. Auch der preussische Minister des Innern habe einen Erlaß an die nachgeordneten Stellen herausgegeben, daß jeder Mißbrauch der dienstlichen Stellung zur Ausübung eines politischen Druckes oder einer politischen Beeinflussung auf Untergebene unzulässig sei, und wenn er vorkomme, nicht geduldet werden würde.

Der Reichskanzler geht dann auf die Leitfäden der Heeresverwaltung über den vaterländischen Unterricht ein. Sie ihn, als sie zu seiner Kenntnis gelangt seien, durchaus befriedigt hätten. Man könne nicht leugnen, daß die Heeresleitung sich in diesen Leitfäden unbedingt bemüht habe, in objektiver Weise einen großzügigen Plan der Aufklärung aufzustellen. Die Aufklärung selbst sei ohne Zweifel nötig, namentlich bei der abtunpenden Beschäftigungslosigkeit der Stellungsträger. Sie müsse gefällig anregen, die Stimmung heben, die Leute wieder zum Frohsinn und zum Lachen bringen.

Sie müssen aber auch die Kenntnis des vaterländischen Lebens und der vaterländischen Wirtschaft, ihrer Bedingungen und Zusammenhänge fördern. Daß die Oberste Heeresleitung die Politik und den politischen Streit aus dem Heere fernhalten wollte, sei selbstverständlich und in den Leitfäden ausdrücklich hervorgehoben. Naturgemäß sei bei einem solchen Mieserapparat die Grenzschwier zu ziehen und Fehler im Einzelnen nicht zu vermeiden. Das habe der Kriegsminister auch ohne weiteres zugegeben. Um dieser Fehler willen, die bekämpft und ausgeremert werden sollen, kann man nicht die Organisation auseinanderfallen lassen und die notwendige Aufklärungsarbeit einstellen.

Der Reichskanzler erwähnt dann die günstige Wirkung der Frontseiten der Abgeordneten, die fortgesetzt werden sollten. Es könne natürlich keine Rede davon sein, daß 100.000 Personen hauptsächlich im Aufklärungsdienst im Heere beschäftigt seien. Wie viele Personen gelegentlich und nebenher Aufklärungsarbeit verrichten, könne der Kriegsminister nicht genau angeben. Daß allgemein Politik aus dem Heere ferngehalten sei, verleihe sich von selbst, auch daß die Kritik an der Antwort auf die Kapitulation innerhalb des Aufklärungsunterrichts unzulässig sei. Wenn hingegen in einzelnen Fällen verstoßen wurde, würde eine ausdrückliche Festlegung in der nächsten Ergänzung der Leitfäden dem abhelfen.

Der Reichskanzler betonte zum Schluß nochmals, daß es sein Wille sei, allen Richtungen und Strömungen des politischen Lebens mit unbedingter Objektivität gegenüberzutreten.

Schließlich wurde vom Hauptansatz gegen die Stimmen der Sozialdemokratie der Nachtragsset angenommen.

Die Krise ist damit vorläufig beigelegt, auf wie lange ist allerdings eine andere Frage.

Gewerkschaftliches.

Zur Beitragserhöhung im Holzarbeiterverband. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes veröffentlicht einen Vorschlag auf Einführung von Staffellarbeit von 80 Pf. bis 150 Pf. wöchentlich für männliche Mitglieder, 60 Pf. für weibliche Mitglieder und 40 Pf. für jugendliche. Der Beitragserhöhung entsprechend sollen auch die Unterstützungsbeiträge ausgebaut werden. Ueber diesen Unterstützungsbeitrag wird im November eine Abstimmung unter den Verbandsmitgliedern stattfinden. Am 6. November findet eine große Reichskonferenz des Holzarbeiterverbandes statt, um die Frage für die Abstimmung zu formulieren und zum Ablauf der Tarifverträge Stellung zu nehmen.

Aus der Partei.

Aus Kleinsteinbach kommt die Kunde, daß Genosse August Gammereier, Maschinenformer, gestorben ist. Mit diesem Todesfall hat die Partei sowohl wie auch die Gewerkschaft der Metallarbeiter einen schweren Verlust erlitten. Gammereier war Gründer des sozialdemokratischen Vereines und des Arbeiterturnvereines Kleinsteinbach und überall, wo es galt, die Arbeiterinteressen zu vertreten, stellte er seinen Mann. Alle, die ihn kannten, werden sein Andenken in Ehren halten.

Baden.

Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht.

Vom 5. bis 7. Oktober tagte in Heidelberg zum erstenmal die mitten im Krieg gegründete Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht.

Drucksal, 8. Okt. Der Tabak ist zum größten Teil im Bezirke Bruchsal eingekauft.

Baden-Baden, 9. Okt. Die allbekannte hiesige Bierbrauerei J. Vieker wurde unterm 1. Oktober lfd. Jahres stillgelegt.

Bodersweier b. Rchl, 8. Okt. Durch Feuer wurde das ganze Anwesen des Drebers Georg Erhardt zerstört.

Daisbach b. Sinsheim, 9. Okt. Ein bei einer hiesigen Familie zu Besuch weilendes 5 jähriges Mädchen aus Mannheim, das ein 1 Monat altes Kind zu beaufsichtigen hatte,

bc. Siensbach, 8. Okt. Landwirt G. Weber verunglückte heute, da sein Pferd bei der Abfahrt mit dem Wagen scheute.

Die Verletzungen sind lebensgefährlich. Nach einer Meldung der 'Freib. Ztg.' ist der Bedauernswerte, der eine zahlreiche Familie hinterläßt, am Samstag gestorben.

bc. Staufen, 8. Okt. Am Donnerstag abend hantierte die 72 jährige Witwe Verka Albert auf dem Speicher.

bc. Stahringen, 8. Okt. In der Nacht zum Samstag brannte die Scheuer des Anwehens des Bahndamts Koller bis auf den Grund nieder.

W. Körsch, 8. Okt. (Nicht amtlich.) Heute vormittag ereignete sich in der Eigengieberei von Ernst Behrer eine folgenschwere Kesselexplosion.

Delstücht und Rüsse. Zur Bewirtschaftung der Delstücht und der Rüsse konnten gegenüber früheren Verordnungen Erleichterungen gewährt werden.

Zur Brennholzversorgung hat das Ministerium des Innern nun Höchstpreise erlassen, die viel niedriger sind, als die bei den Verteilungen bezahlten Preise.

Gerichtszeitung.

Karlsruhe, 8. Okt. Das Schwurgericht, das heute zu seiner letzten Tagung in diesem Jahre zusammentrat, befaßte sich heute mit dem durch die Zeitungen bekannt gewordenen Mordverbrechen auf dem Felde zwischen der Gartenstadt Müppurr und dem Durlacher Wald.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. Okt. * Einen Herdinfall haben die Nationalliberalen mit ihrer Demonstrationssammlung gegen Wilson erlebt.

Theater und Musik.

Opernhaus Karlsruhe.

Neu einstudiert: 'König Heinrich V.'

So hoch erhaben das Wesen der Kunst über den Wirnissen des täglichen, des politischen Lebens steht, wir können jetzt, wo Deutschland und England mit einer nie dagewesenen Intensität gegenständig sich in ihre Entwicklung, in ihre Geschichte eingegriffen haben,

Ganz und gar vernachlässigt erscheint uns, weil ausgesprochen als Geschichts-Ausschnitt, schon im Reime dazu beurteilt, dramatisch unwirksam zu sein.

seiner Neueinstudierung, die auf eine überaus hingebungsvolle Vorbereitung gestützt und ihrem ganzen Verlauf aller Ehren wert war, die unumstößliche Geringhaltung erhalten müssen, daß kein einziger Darsteller — und das will bei der Personenzahl des Stücks etwas bedeuten — aus dem Rahmen der Aufführung herausfiel.

In jaenischer Hinsicht war man dem Prinzip der dreiteiligen Bühne gefolgt, wobei nur auf dem dritten (hinteren) Teil umgebaut wurde.

die Absicht, den Kummel mitzumachen, allein die Nationalliberalen lehnten ab. Sie hofften offenbar auf einen starken Besuch und wollten den Raum allein abschöpfen.

Das Brot wird teurer.

* Wie bei der Preiskonferenz am Samstag mitgeteilt wurde, wird eine Verminderung der Brotation, wie man das vielfach anzunehmen schien, nicht eintreten.

Zur Begründung beruft man sich auf die Erhöhung des Getreidepreises. Jetzt zeigt sich die unangenehme Wirkung jener Preissteigerung, die wir als wirtschaftlich ungerechtfertigt nach wie vor bekämpfen.

Zur ungeteilten Arbeitszeit

wird uns aus Arbeiterkreisen geschrieben: Genosse Hof hat mit seinem Artikel vom 1. Oktober schon 99 % von den Arbeitern aus dem Herzen gesprochen.

Die Anerkennung für den Spielführer sind auch die Faktoren der Dekorationsschweifens mitzuzugleichen.

In der Titelpartie von Verdi's 'Aida', die von ihrem Meister als jugendlich-impulsivem Schöpfer befanntlich zur Einweihung des Suez-Kanals komponiert wurde, hat Frau Lauer-Kottlar am Sonntag ihr, hoffentlich auf recht zahlreiche Vorstellungen berechnetes, Karlsruher Gastengagement angetreten.

Seite 4.

behrungen bei sehr gesteigerten Arbeitsleistungen bei Tag und Nacht, Sonn- und Feiertags ohne Pause bzw. Erholungsurlaub haben es zuwege gebracht, daß Gewichtsabnahmen von 4 0 und mehr Pfund eine allgemeine Erscheinung sind. Die Rationierung reicht bei weitem nicht aus, das Körpergewicht auch nur einigermaßen zu halten. Sie reicht auch nicht aus, die Arbeitskraft zu stabilisieren. Die Leistungsfähigkeit des Arbeiters hat im allgemeinen abgenommen und muß bei Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit noch mehr abnehmen, weil dieselbe bei der jetzigen Ernährung einfach zu lang ist. Jeder Arbeiter erklärte uns heute, daß Schlaf und Müdigkeit in den Nachmittagsstunden überhand nehmen. Damit wird die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben. Auch die Krankmeldungen würden bedeutend höher sein, (betragen zurzeit im allgemeinen ungefähr 15 Prozent), wenn die Arbeitsverhältnisse es gestatten würden, dem müden und kranken Körper etwas Erholung zu gönnen. Nebenbei bemerkt sei aber auch, daß das Krankengeld den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Es ist noch das gleiche wie in Friedenszeit. (!)

Jeder Soldat, auch die vom leichtesten Stappendienst, erhält seinen Urlaub im Jahr. Aber nicht einmal 10 Prozent der großen Heimarmee, welche die Waffen schmieden müssen, haben den Genuß dieses Urlaubs.

Deshalb ist die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit eine doppelt dringende Notwendigkeit, damit sich die Leistungsfähigkeit des Arbeiters nicht noch mehr verringert, um durchzuhalten im Interesse des Vaterlandes. Da aber der vierte Kriegswinter kaum bessere, eher eine schlechtere Ernährung in Aussicht stellt, so biete man dem Arbeiter einen Ausweg, d. h. von zu Hause abwesend sein. Mehr Ruhe und Schlaf ist die beste Ergänzung der unzureichenden Ernährung. Aber auch zur Stärkung der Nerven dient die Ruhe und diese ist so notwendig, weil man sich sagen muß, daß gerade unsere Heimarmee nicht aus der gesunden Bevölkerung besteht; insbesondere die Frauen und Mädchen, die daheim die Haushaltsarbeiten für sich und die Familien besorgen müssen. Die gesundheitliche Arbeitszeit wird zum Aufbau an der Volksgesundheit auf Kosten der Leistungsfähigkeit der Arbeiter- und Lebenskraft des arbeitenden Volkes sicherlich dem wertvollsten Gute des Vaterlandes.

S. K.

Gegen die Hamster von Nahrungsmitteln wird von der Regierung energisch vorgegangen. Kontrollbeamte nehmen ihre Untersuchungen in den Eisenbahnwagen, auf den Bahnhöfen und wo es ihnen sonst notwendig erscheint, vor. Es ist ihnen dabei schon reiche Beute in die Hände gefallen. So konnte, wie mitgeteilt wird, vor kurzem ein Mann festgenommen werden, der den Verkauf von über 11 000 Eiern vermittelt hat. Er wurde verhaftet und es wird streng gegen ihn, wie auch gegen alle anderen Nahrungsmittelhamster, deren man hofft wird, vorgegangen werden.

Neben der Lebensmittelversorgung der Stadt Karlsruhe im Kriegsraum stehen auch der Direktor Braukle vom Nahrungsmittelamt im Arbeiterbildungsverein. Der Redner gab zunächst einen Überblick über die Organisation des kommunalen Verbandes, aus dem zu ersehen war, welche große Anzahl von Beamten, Angestellten und Arbeiter nötig ist, um die von Tag zu Tag steigende Arbeit zu bewältigen. Sind doch von einer Versorgungsperiode zur anderen nicht weniger wie 64 Zentner an Lebensmittelmehl in kurzer Zeit an die Verteilungsstellen auszugeben und verpackt zu besorgen. An Hand eines reichen Rohmaterialien, welche dieserzeit in einem kurzen Verlaufe nicht möglich ist, behandelte Johann Herr Braukle die große Menge der verschiedenen Lebensmittel, welche von Woche zu Woche zur Verteilung gelangen. Wenn trotzdem die Rationen knapp bemessen seien,

Amonastro, Priester und König die Herren Büttner, Giesjen und Gagedorn) tätig. Die, jetzt anerkannteste, Spielleitung des Herrn Dumas ließ außer Acht, daß beim Einzugssort zuerst der Klug kommt und dann das Bild; es hat also keinen Sinn, die Chorbestimmungen über die ganze Bühne zu verteilen und sie langsam dadurch matt zu setzen. S. s.

Kunst und Wissenschaft.
Blufffüllung.

Den Truppen im Felde erteilt Dr. med. R. Thoma (Seibelberg) folgende Ratsschlüsse:

Die Blufffüllungsmittel der Chirurgen sind mannigfaltige und manche derselben sind, wie zum Beispiel die Kompression der verletzten Stelle und die der um ein blühendes Glied geschnittene Holzenträger, von jedermann mehr oder weniger leicht anzuwenden. Doch kann die Kompression und die Umschnürung des verletzten Gliedes nicht immer zur Anwendung gelangen, wenn die Verletzung nahe an der Wurzel des Gliedes liegt, oder wenn der Verletzte nicht imstande ist, sich selbst zu bedienen. In allen Fällen jedoch wird die Blutung ermäßigt und nicht selten für längere Zeit gestillt, wenn der Verletzte eine bestimmte Körperhaltung einnimmt. Es ist dies eine Körperhaltung, bei welcher die verletzten Blutgefäße keine Ringspaltung erfahren, und diese Körperhaltung ist in der Regel gegeben bei einer starken Beugung aller Gelenke eines verletzten Gliedes.

Dieses einfache Blufffüllungsmittel wird in der Regel zu einer dauernden Blufffüllung nicht genügen. Es ist jedoch augenblicklich anwendbar und wird manchen Verletzten vor dem Tode retten. Nach unseren Erfahrungen als Feldarzt wird es von vielen Verletzten instinktiv angewendet, denn nur auf diesem Weg erklärt sich der Verlauf mancher Schußverletzungen großer Blutgefäße, die ich zu beobachten Gelegenheit hatte.

An die ärztlichen Kollegen an der Front ergeht daher von mir die Bitte, dieses einfache Blufffüllungsmittel den kämpfenden Truppenteilen zur Kenntnis zu bringen. Es wird allerdings keineswegs in allen Fällen Hilfe bringen und es werden sogar Fälle vorkommen, in welchen die Verletzten durch einfache Stellungänderung des verletzten Gliedes eine noch zweckmäßiger Lagerung finden. An die Tagespresse aber möchte ich das Ersuchen, durch wörtlichen Abdruck dieser Zeilen an auffälliger Stelle zu ihrer weiteren Verbreitung bei der Mannschaften der Truppenteile mitzuwirken. Die ersten Minuten nach der Verletzung einer großen Arterie sind häufig entscheidend über Leben und Tod.

müsse man berücksichtigen, daß in den Friedensjahren für über 2 Milliarden Lit. Lebens- und Genussmittel in Deutschland eingeführt wurden. Die Staatsverwaltung hat auf den einzelnen Gebieten der Lebensmittelversorgung großzügige Einrichtungen geschaffen, so die Gemüsedrarranlage, ein Obstdürraum usw. Wenn vielleicht nicht immer alles wie am Schnürchen gehe, so sei dies bei der Größe des Apparates und bei dem unausbleiblichen Wechsel des Personals, trotz aller Mühe und Aufopferung nicht anders möglich. Vorkommende Missetaten würden raschstens und nach Möglichkeit beseitigt. Mit einem Appell an den Durchfallerwillen der Bevölkerung schloß der Vortragende seine interessante Ausführungen. Die Anwesenden dankten dem Referenten durch Beifallssturmgebung. Die angeklügten Lichtbildvorführungen über die Verlegung einer Großstadt mit Lebensmitteln fielen aus.

* Das Tischverbot ist in Kraft. Zur Vermeidung dieser zweifelhafte wird darauf hingewiesen, daß das am 14. Juli 1917 verfügte Tischverbot für die Wirtschaften usw. bereits am 1. Oktober in Kraft getreten ist. Lediglich für die durch die Bekanntmachung der Reichsbevölkerungsstelle vom 2. August 1917 über die Beschlagsnahme der im Besitze von Hotels usw. befindlichen Bett-, Haus- und Tischwäsche bestimmte Maßbefristung ist der 15. Oktober 1917 als späterer Termin festgesetzt worden.

* Seinen friberten Hochzeitsstag feiert heute unser Mitarbeiter, der Faktor unserer Druckerei, Franz Bongrat. Aus diesem Anlaß bringen wir demselben unsere besten Wünsche dar und hoffen, daß seine Arbeitskraft noch recht lange der Partei und Gewerkschaft erhalten bleiben möge.

H. 100jähriges Geschäftsjubiläum. In archaischen Quellen wird im Jahre 1817 Ringelher Ludewig Hellmeth in Karlsruhe genannt, der 1817 eine Ringelherie gründete und am 8. Oktober des gleichen Jahres das Bürgerrecht erwarb. Das Geschäft bestand sich zuerst in der Zerstörung von 11 und 25. Hellmeth war ein Ringelher alter Schlags, der seine Kunst zu einer Zeit übte, da das Zinn in seiner Verarbeitung für Zeller, Schießlein, Kanonen, Allergierat, Lichtformen, Trichter, Waagen, Vereinsabzeichen und allerlei Gerät noch eine größere Verwendung, namentlich in den bürgerlichen Kreisen hatte, als heute. Nach dem Tode von Ludwig Hellmeth im Jahre 1869 wurde das Geschäft von dessen Witwe und Sohn Georg Hellmeth weitergeführt, zuletzt in der Reiterstraße 48. Im Jahre 1883 ging die Ringelherie durch Kauf auf Ludwig Otto Breitschneider aus Annaberg i. S. über, der sie noch heute in der Reiterstraße 50 betreibt. Ringelhermeister L. Otto Breitschneider, dessen Geschäft am 8. Oktober 1917 auf ein 100jähriges Bestehen zurückzuführen konnte, hat es verstanden, für die über alle Motive zu neuartigen Schöpfen in jüngerer Zeit fortgeschrittenen Entwicklungsergebnisse herzustellen, die eine Fülle von Schönheit, Zweckmäßigkeit und Stil in Rücksicht auf den Gebrauch und das Material bieten.

* „Wie spare ich Gas“, ohne mehr Kohlen zu verbrennen, fragt sich jetzt jede sorgsame Hausfrau. Das kann gelöst werden durch Einweichen aller trockenen Suppen und Gemüse, durch Ueberverarbeiten der Kartoffeln und ganz besonders durch ausgiebige Verwendung der Kohlhölzer, der Nudeln und ähnlicher Einrichtungen. Der Karlsruhe Hausfrauendienst ladet seine Mitglieder und Gäste für heute abend 8 Uhr zu seinem Vortrag im Rathausaal ein, in dem Hr. Elm Schmidt diese Frage ausführlich behandeln und die zum Gasparen nötigen Einrichtungen praktisch vorführen wird. Da eine Ueberfüllung des Saales und Gedänge an den Ausgängen in der jetzigen Zeit vermieden werden muß, werden Eintrittskarten ausgegeben. (Siehe Inserat.) Nach dem Vortrag ist Geungetheit gegeben, Anteißscheine der Kriegsanleihe zu erwerben.

Zum Klavierabend von Wilhelm Bachhaus, der am nächsten Mittwoch im Museumsaal u. a. Werke von Bach, Brahms, Schubert, Liszt und Chopin spielt, wird uns geschrieben: Der Pianist Wilhelm Bachhaus betrat zum erstenmal vor 10 Jahren das Podium des Karlsruher Konzerthauses, damals mit traurem blondem Haar. Es war in einem Sinfonieorchester, wo er sich im Sturm die Herzen eroberte. Er spielte mit dem Hr. Hofkapellmeister zur Bewunderung aller und wurde seine Solo-Nummer, die Campanella von Liszt wiederholt vorgetragen. Bachhaus gab 14 Tage darauf auf Einladung der Hofmusikantenleitung Fr. Doert am 24. April 1907 seinen ersten „Klavierabend“ hier und trat inzwischen in weiteren 10 Klavierabenden hier auf. Bachhaus ist jetzt Solist und erfüllt wie jeder Deutsche seine Vaterlandspflicht. Nur in Urlaubszeiten übt er seine hohe Kunst weiter aus, ebenso sehr zum Ergehen seiner Vorträge und Kameraden im Felde, als der Schar seiner Anhänger im Heimatland. Für die Karlsruher ist der diesmalige Klavierabend Bachhaus gleichsam ein Jubiläumstakt, das sie mit dem Künstler feiern.

* Ein einmaliges Konzert Bertha Weill und des Hofopernfängers Helmut Neugebauer wird am Samstag, 27. Oktober, im Museumsaal hier stattfinden. U. a. wird die Künstlerin als größte Welt die herrliche, selten gehörte Schumannsche Rhapsodie in C-dur bringen. Helmut Neugebauer tritt auch zum ersten Male in einem eigenen Konzert vor das Karlsruher Publikum. Dieser seine Künstler, der sich die Herzen der Zuhörer schon so oft von der Bühne erkang, wird wieder von Brahms, Schubert, Schumann, Strauß und Wolf bringen. Die Vorbereitung befindet sich in den Händen der bewährten Firma Hugo Kunz Nachf. Karten jedoch zum Preise von 5, 4, 3, 2, 1, 50 und 1 M. sind bei G. Schön. W. Moos, Kaiserstr. 187 von 10-1 und 4-7 Uhr zu haben.

* Vortrag über die Flundernäst. Unsere Leser werden auf den Donnerstag, den 11. d. M., abends 8 Uhr im großen Saal des Rathauses stattfinden den Vortrag des Hauptmanns Graebener über „Die Flundernäst“, aufmerksam gemacht. Hauptmann Graebener, im Zivilberuf Parier im benachbarten Neureuth und zugehört bei einem Armeekorpskommando, hat die Flundernäst in vorheriger Linie als Kompagnieführer mitgemacht, wobei er seinen Zuhörern eine patende Schilderung von dieser größten aller Schlachten vermitteln kann. Von der Erhebung eines Eintrittsgeldes wird abgesehen, um so den weitesten Kreisen der Bevölkerung den Besuch dieses hochinteressanten Vortrags zu ermöglichen. (Siehe Anzeige.)

* Klavierabend Elm Neu. Die gefeierte Pianistin Elm Neu hat sich durch ihre vorjährigen vier Westfalenabende und die Brahmabende des vorletzten Winters bei unseren Musikfreunden glänzend eingeführt. Diesen Winter wird sie nur einen Klavierabend geben und zwar ist derselbe auf Mittwoch, 17. Okt. angesetzt. Die Vorbereitung dieses Klavierabends bezieht sich auf dieses Mal wieder die Konzerthalle Hugo Kunz Nachf., Kurt Neufeldt, das befindet sich der Kartenverkauf in der Kunsthandlung G. Schön. W. Moos, Kaiserstr. 187, da das Ladenlokal der Hofmusikantenleitung Hugo Kunz infolge Einberufung des Jubelars Herrn Kurt Neufeldt während der Kriegsdauer geschlossen bleibt.

Letzte Nachrichten.
Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 9. Okt. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote wiederum 19 500 BRT versenkt. Unter den versenkten Schiffen befinden sich der englische bewaffnete Dampfer „Joseph Chamberlain“ mit Vortzladung, sowie der russische bewaffnete Dampfer „Australia“, der flucht geladen hatte.
Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Weitere Einschränkung des Zugverkehrs.

Berlin, 9. Okt. Aus Dresden wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt: Noch im Laufe dieser Woche werden die Beschlüsse der verschiedenen deutschen Eisenbahndirektionen, die den Verkehr eindämmen sollen, veröffentlicht werden. Sie betreffen in erster Linie die Erhebung eines Zuschlags und den Verkehr mit Schnellzügen. Im Winterfahrplan werden auch ganze Züge und Verbindungen fortfallen. Ausdrücklich sei betont, daß der Personenverkehr von den Zuschlägen befreit bleiben wird. Uebrigens hat Württemberg noch eine besondere Maßnahme getroffen: eine Sonderbelastung des gesamten Verkehrs an den Sonnabendnachmittagen und an den Sonntagen. Man will hierdurch dem gesteigerten Verkehr an diesen beiden Tagen einen Damm entgegensetzen.

Die Selbständigkeit der Ukraine.

Kiew, 9. Okt. (Petersb. Telegr.-Ag.) Das Generalsekretariat der Ukraine bezug die autonome Regierung richtete einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem erklärt wird, daß das Sekretariat, nachdem seine innere Ausgestaltung vollendet sei, das Land zu regieren beginne und alle Regierungsbehörden und alle Einwohner von dieser Tatsache in Kenntnis setze.

Lloyd George schweigt.

Berlin, 9. Okt. Lloyd George sagte seine für letzten Sonntag in den Gewerkschaften in Manchester angelegte große politische Rede ab. Das englische Blatt, das diese Mitteilung bringt, spricht die Erwartung aus, daß Lloyd George sich weiterhin schweigen wolle und daß die Antwort Englands auf die Note des Papstes immerhin Aussicht auf einige Besprechungen mit dem Feinde lassen werde.

Ein interniertes deutsches U-Boot entwicden.

Madrid, 9. Okt. (Agence Habas.) Das deutsche Unterjagboot Nr. 293, das in Madrid am 9. September eingelaufen und interniert worden war, ist in der vorigen Nacht entwichen. Der Ministerpräsident enthub alle hohen verantwortlichen Militär- und Marineoffiziere von ihren Posten.

Verantwortlich für Politik, Kriegsmaßnahmen und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Am 26. September 1917 ist eine Bekanntmachung Nr. W. S. 4007/17. K. R. L., betreffend Beschlagsnahme und Bestandserhebung von Seidengarn in Kraft getreten. Durch diese Bekanntmachung werden sämtliche im Inland befindlichen Seidengarne, soweit sie nicht ausdrücklich von den Bestimmungen der Bekanntmachung ausgenommen sind, einer Beschlagsnahme und Meldepflicht unterworfen. Seidengarne im Sinne der Bekanntmachung sind Größe, Organe, Krume und Schappe ohne Rücksicht darauf, ob sie hergestellt sind aus Erzeugnissen des Maulbeers- oder Eichen-(Zusatz-) Spinnens, ferner für Näh- und Stützwebe bestimmte Schappe- und reale Seidengarne. Die von der Bekanntmachung nicht betroffenen Seidengarne sind im § 1 der Bekanntmachung unter Ziffer 1 bis 6 besonders aufgeführt. Die Veräußerung und Lieferung der beschlagsnamten Seidengarne an die Seidenverwertungsg. m. b. G. Berlin, Victoria-Louise-Platz 8, ist gestattet. Sofern die Veräußerung an diese Stelle nicht bis zum 30. November 1917 erfolgt ist, ist Entzignung zu gewärtigen. Im Falle der Abrechnung des Ankaufs durch die Seidenverwertungsg. m. b. G. kann die Erlaubnis zu anderweitiger Veräußerung bei der Kriegs-Nachhoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums beantragt werden. Verarbeitung der rohen sowie der gefärbten ungeschwätzten Seidengarne, die entweder sich in Ketten befinden, oder am 19. Juli 1917 auf dem Weltmarkt im Wehrprozess waren, die erforderlich sind, um die vorhergezeichneten Ketten abzuwickeln, ist gestattet. Die weitere Verarbeitung beschlagsnamter Gegenstände, zur Erfüllung von Heeresaufträgen, ist gegen besonderen Bescheid erlaubt.

Sofern die Gesamtmenge der bezeichneten Gegenstände bei Meldepflichtigen mindestens 20 Kilogramm beträgt, ist monatliche Meldung bis zum 10. eines jeden Monats zu erstatten, und zwar ist bei der ersten Meldung der bei Beginn des 1. Oktober 1917 (Schlags) tatsächlich vorhandene Bestand maßgebend. Außerdem ist Lagerbuchführung vorgeschrieben. Mit dem Inkrafttreten der Bekanntmachung treten die erlassenen Einzelverfügungen W. S. 87/17 K. R. L. und W. S. 97/17 K. R. L. außer Kraft. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist anzusehen bei den Bürgermeisterämtern und Polizei-Beamten. 1231

Am 2. Oktober 1917 tritt eine neue Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgespinnste (Nr. W. II. 2800/8. 17. K. R. L.) in Kraft. Bereits durch eine Bekanntmachung vom 25. Juli 1917 war für Garne, die auf Grund von nach dem 24. Januar 1917 ausgetheilten Spinnerlaubnisscheinen gesponnen worden sind, mit Rücksicht auf die gesteigerten Arbeitslöhne ein Zuschlag von 20 vom Hundert zu den bis dahin gültigen Höchstpreisen bewilligt worden. Die neue Bekanntmachung trägt den ebenfalls gestiegenen Materialpreisen durch Bewährung eines weiteren Preiszuschlages von 6 vom Hundert Rechnung, so daß für die neu gesponnenen Garne im ganzen ein Zuschlag von 26 vom Hundert in Ansatz gebracht werden kann.

Gleichzeitig stellt die neue Bekanntmachung eine Neuaufstellung der gesamten Höchstpreisbestimmungen für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgespinnste und eine Zusammenfassung verschiedener bisher erlassener einzelner Bekanntmachungen dar, die nunmehr außer Kraft gesetzt sind.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeisterämtern und Polizei-Beamten einzusehen. 1233

Da die Frage der Verwertung der Brennstoffe für die Textilindustrie als gelöst angesehen werden kann, ist die Restbewirtschaftung jetzt auf eine neue Grundlage gestellt worden. Eine am 2. Oktober 1917 veröffentlichte Bekanntmachung W. II. 1900/9. 17 K. R. L. beschlagnahmte sämtliche geernteten Restselbstengen, sämtliche Restselbstengen und Restselbstengen sowie die Abfälle dieser Gegenstände. Gestattet ist die Veräußerung und Lieferung der beschlagsnamten Gegenstände an die Restselbstengenerwerbungs-gesellschaft, Berlin, Schützenstr. 65/66, oder deren Verkaufsträger. Ferner ist die Veräußerung, Lieferung und Verarbeitung der beschlagsnamten Gegenstände erlaubt zur Erfüllung von Aufträgen von Heeres- oder Marinebehörden, für die ein von der Kriegs-Nachhoff-Abteilung genehmigter Bescheid vorliegt, oder auf Grund eines amtlichen Preisabsehens. Endlich ist es gestattet, die geernteten Restselbstengen zu trocknen, jedoch bleiben die getrockneten Stengel beschlagsnamt.

Die Bekanntmachung ordnet ferner die Bestandserhebung von Restselbstengen und Restselbstengen sowie von deren Abfällen an. Diese Gegenstände sind absonnlich, erstmalig bis zum 10. Oktober 1917, zu melden. Die Meldebesten sind bei der Borsdruckverwaltung der Kriegs-Nachhoff-Abteilung des Königl. Preuss. Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Verlagsamt Nr. 10, anzufordern.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeisterämtern und Polizei-Beamten einzusehen. 1232

Dankfagung.

Zur Berwebung für die hiesigen Armen erhielten wir von Herrn August Scherer 25 Mk., H. Sch. 20 Mk., J. W. (für die Schülerbewegung) 8 Mk., 50 Pfg., von Herrn Gerichtsassessor Dr. Walter Koransky zur Erinnerung an seine verstorbenen Mutter, Frau Jenny Koransky Witwe, 100 Mk., Herr Privatier Emil Weill hat durch testamentliche Verfügung für die hiesige Armenpflege einen Betrag von 200 Mk. vermach, die Sammelbüchsen an den Eingängen des hiesigen allgemeinen Friedhofs ergaben 116 Mk., 97 Pfg.

Kamens der Bedanken sprechen wir für diese Zuwendungen unsern herzlichsten Dank aus.

Karlsruhe, den 4. Oktober 1917. 1230
Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge.

Bekanntmachung.

Aus Mitteln der Kaiser Friedrich-Stiftung wird dieses Jahr der Betrag von 1145 Mk. zur Verteilung gelangen. Die Empfänger dieser Stiftung sind dazu bestimmt „arme aber befähigte und sittlich würdige junge Leute unserer Stadt zu tüchtigen Mitgliedern des Gewerbeverbandes heranzubilden.“

Junge Leute, bei welchen diese Voraussetzungen zutreffen, wollen ihre Bewerbungen um Zuteilung eines Stipendiums aus der genannten Stiftung unter Darlegung ihrer persönlichen Verhältnisse und Befähigung ihrer Schul- und sonstigen Zeugnisse spätestens bis 20. November ds. Js. beim Stadtrat einreichen.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1917.
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

In den Räumen des Rathhauses (Stadthauptkasse A), der Sparte und Handarbeitstasche und des Konzerthauses wurden im 2. Vierteljahr 1917 aufgefunden:

1 Brotkörbchen, 1 Geldbeutel mit Inhalt und ein solcher ohne Inhalt, Weissen, Zwicker und Opernglasfalterale, ein Zwicker, Taschenrechner, Handtasche, Schirme, 1 Schlüssel am Metallring.

Die Empfangsberechtigten werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte an den Fundstücken binnen drei Wochen beim städt. Hauptsekretariat (1), Rathaus II. Stock, Zimmer 75, geltend zu machen, widrigenfalls das in § 979 B.G.B. bezeichnete Verfahren durchgeführt wird.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1917. 1234
Das Bürgermeisteramt.

Sparverein Karlsruhe.
Sprechstunden: Mi. und Sa. 11.50 bis 12.15 Uhr.
Geschäftszimmer: Sofienstr. 26.
Mitglieder-Versammlung: Jeden zweiten Mittwoch im Monat in den „Vier Jahreszeiten“, Gehelestr. 21. 1229

Für meine Leihanstalt suche ich gut erhaltene Flügel u. Pianinos zu kaufen und erblicke Angebote. 1169
Ludwig Schweisgut, Köstler, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4.

In kaufen gesucht: Betten, Schränke, Sofa, Küchenschrank, Tische und Stühle oder Wohnzimmer, Schlafzimmern und Kücheneinrichtung. 1130
Frau Fröhlich, Uhlandstr. 12 p.

6 bis 8 Zimmerleute für Militärarbeiten sofort gesucht. 1134
Jos. Held, Sünderstraße 24.

Geübte **Einlegerin** oder **Hilfsarbeiterin** sofort gesucht. 1224
Sigmund Wolf, Scheffelstr. 54.

Junge Mädchen im Alter von 14 Jahren an, finden Beschäftigung bei F. Wolff & Sohn, G. m. b. H., 851
Durlacher Allee 31/33

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

PELZE
Plüsch-Garnituren in großer Auswahl. Kriegsangebot. Ausnahmeverkäufer.
Kaufe gebr. Möbel, Betten sowie ganze Haushaltungen, Handtasche zu hohen Preisen. Komme ins Haus. 1168
Arnold Schay, Jähringer-Str. 38.

Frauenhaare infolge dringenden sachlichen Bedarfs, sowie auch für Industrie und kriegerische Zwecke laufe zu allerhöchsten Preisen
Oskar Decker, Friseur und Haar-Größhandlung, Kaiserstr. 32.

Druckfachen fertigt an Buchdruckerei **Volksfreund**.

Karlsruher Hausfrauenbund.

In großen Rathhaussaal **Dienstag**, den 9. Oktober, abends 8 Uhr:
„Wie spare ich Gas?“
Gemeinnütziger Vortrag von H. E. Schmidt mit praktischen Erläuterungen, welche sämtlich in das Gebiet des Gases gehende Fragen umfassen.
Freie Aussprache.
Eintritt nur gegen Eintrittskarten, die vom Rathhaußförstner gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte an Mitglieder unentgeltlich, an Nichtmitglieder für 20 Pfg. abgegeben werden. — Einige nummerierte Karten sind für 50 Pfg. dort zu haben. 1225

Unentgeltliche ärztliche **Mütterberatungsstunde** für das **Kleinkind im Alter von 2 bis 6 Jahren** findet statt: **am Mittwoch, den 10. Oktober, abends 5—6 Uhr im alten Rathaus Mühlburg. Mütter!**
Bringt Euere Kinder, deren Gesundheit nicht ganz in Ordnung ist, zu dieser Beratungsstunde!
Badischer Frauenverein, Abteilung VI. 1217

Donnerstag, den 11. Oktober 1917, 8 Uhr abends im großen Saale des Rathhauses
Vortrag. Hauptmann Graebener (Neureuth) zur Zeit bei einem Armee-Ober-Kommando **„Flandernschlacht“.** Eintritt frei. Jedermann ist eingeladen. Der „Ausflug zur Veranstaltung vaterländischer Feiern“ Karlsruhe. 1223

„Der Neue Welt-Kalender“ für 1918. Preis 50 Pfg., nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto. Zu beziehen durch: **Buchhandlung „Volksfreund“**, Luisenstr. 24. — Telefon 128.

Gesucht werden:
Köchinnen für Privat Mädchen für alles Mädchen zum Anlernen sowie Stundenfrauen für häusliche Arbeiten für sofort oder später. 839
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstr. 100, 3. Stock.

Für dringende auswärtige Bauarbeiten auf sofort
Maurer Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gesucht.
Näheres Baugeschäft
Wilhelm Stober, hier
Ruppurrerstraße 13. 1050

Tüchtige Stenotypistinnen für Kanzleien und Privatgeschäfte werden für sofort und später gesucht.
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstr. 100, 3. Stock.

Sendet Karten ins Feld. Atlas der Westfront. 5 farbige Karten von 1. Ostende-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Verdun, 4. Toul-Nancy, 5. Kolmar-Belfort. Atlas der Ost- und Südostfront. 5 farbige Karten von 1. Südwestrussland, 2. Nordwestrussland, 3. Rumänien, 4. Mazedonien, 5. Aegypten. Die Karten sind gut beschriftet und deshalb zur Orientierung sehr geeignet.
Preis des gebundenen Taschen-Atlas 1 Mark. (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto).
Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksfreund

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe. Cheausgebote: Heinrich Breger von Semwald, Kaufmann in Lestrigen, mit Elise Frau von Durlach. Hermann Merz von Au a. Rh. Signalwärter hier, mit Maria Buch von Au a. Rh. Gefeilschungen. Hermann Rümmele von Zell, Obermannst. hier, mit Maria Sitt von Hfoltersbach. Oskar Welter von Schaffhausen, Majdimit hier, mit Friederike Stöber von Vorderweidenhof. Hugo Straub von hier. Fabrikarbeiter hier, mit Maria Ritterer von Würich. Wilhelm Buchholz von Heutisde, Gärtner in Rechingen, mit Maria Schmitt von hier. Arnold Höhle von Frankfurt a. M., Dr. phil. wissenschaftl. Hilfslehrer hier, mit Salomea Rombach von Jmmendingen. Johann Bucher von Freiburg, Metallschleifer hier, mit Marie Koch von Leigelsdorf. Wilhelm Kreis von hier, Schreibhelfer hier, mit Sofie Kiefer von hier. Christian Beck von Hütau, Gärtner hier, mit Helene Rau von Colombach. Josef Knapp von hier, Kaufmann hier, mit Maria Wendling von Büble. Johann Lang von Neustadt, Kaufmann hier, mit Margarethe Sandkaas von Rottenfels. Todesfälle. Erwin Dumper, Kand. der Rechts- und Staatswissenschaften, ledig, alt 26 J. Anna Gantenstein, alt 73 J., Witwe von Josef Gantenstein, Tagelöhner. Rosa, alt 6 J., B. Richard Koch, Straßenbahn-Schaffner. Karoline Müller, alt 52 J., Ehefrau von Wilhelm Müller, Oberbauverleier. Marg. Seiler, alt 64 J., Ehefrau von Fiedrich Seiler, Landwirt. Mina, alt 1 J., B. Rudolf Werner, Kaufmann. Marg. Wäher, alt 63 J., Frau, ledig. Gertr. Vossert, alt 40 J., Ehefrau von Karl Vossert, Landwirt. Magdalena, alt 10 J., B. Jakob Heil, städt. Arbeiter. Amalie Walzer, alt 53 J., Ehefrau von Karl Walzer, Antreiber.

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmucken Einband.
Behandelt werden folgende Gebiete:
Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. — Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Gebert. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. — Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. — Frauenleiden und deren Verhütung. Mit einem Anhang: „Die Verhütung der Schwangerschaft“. Von Dr. J. Zadek. — Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. — Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. — Die Proletarierrkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

:-: Ein Buch auf Teilzahlung! :-:

Unterzeichneter bestellt hiermit bei der Buchhandlung **„Volksfreund“, Karlsruhe**
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
geb. zum Preise von 4.50 Mk., zahlbar in Wochenraten von 80 Pfg. oder 1. Mk., Porto nach auswärts 30 Pfg. Das Buch wird mir sofort geliefert, doch bleibt es bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum der obigen Firma.
Name: ..
Wohnung: ..
Wir bitten, deutlich zu schreiben.